

Porträt: Christina Clemm

Juristinnen machen Karriere – wir stellen sie vor

Die Fragen stellte **Dilken Çelebi**, LL.M., Rechtsreferendarin am Kammergericht, Doktorandin im Völkerstrafrecht an der Universität Münster und Vorsitzende der Kommission Strafrecht

Liebe Christina, du bist Anwältin, Autorin und Aktivistin – Wie bist du darauf gekommen, Jura zu studieren, was war dein Antrieb?

Erst habe ich Politik studiert und wollte viele andere Sachen machen. Dann habe ich Jura im Nebenfach begonnen und bin dabei im Hauptfach geblieben. Ich brauchte ein Handwerk, etwas, wovon ich wusste, was ich damit anfangen kann. Meine erste politische Gruppe war Amnesty als Jugendliche, gefolgt von einer Flinta-Gruppe gegen den §§ 218 ff. StGB. Ich war in der sogenannten autonomen Frauenszene und der Antifa aktiv. Ich habe studiert, um gegen staatliche Repression zu kämpfen, es waren die Prozesse gegen Ingrid Strobl, den 2. Juni und die unglaubliche Repression im sog. Deutschen Herbst, die ich miterlebt habe. Eher zufällig habe ich ein Praktikum bei einer Anwältin absolviert, die auch Nebenklage bei sexualisierter Gewalt gemacht hat und auch dabei bin ich geblieben.

Du hast dich dann für die Selbstständigkeit entschieden. Einerseits gibt das Freiheit, andererseits birgt es auch Risiken, z.B. finanziell. Was würdest du jungen Jurist*innen empfehlen, die sich die Selbstständigkeit vorstellen können, aber noch den nötigen Mut brauchen?

Es kam für mich nie in Betracht, in den Staatsdienst zu gehen. Ich habe Jura nur studiert, um Anwältin zu werden. Für mich war klar, ich will mit juristischen Mitteln für Menschen, die entweder vom Staat oder von anderen Menschen diskriminiert werden, unterstützen. Da nahezu alle Anwalt*innen, die in diesem Bereich tätig waren, prekär arbeiteten, war von vornherein klar, dass ich mich selbständig machen würde. Ich hatte dann aber das große Glück, dass ich im Referendariat in Kreuzberg im Anwalt*innenkollektiv arbeiten und dort anfangen konnte.

Jungen Jurist*innen kann ich sagen, dass wir absolute Nachwuchsprobleme haben und es leicht sein wird, an Mandate heranzukommen. Aber gleichzeitig ist es gerade in diesen Bereichen schwierig Geld zu verdienen, gibt es wenig Sicherheiten und sehr viel anstrengende Arbeit. Man sollte versuchen, unterschiedliche Gebiete abzudecken, Mischkalkulationen zu haben, d.h. Verfahren auf Verfahrenskostenhilfe- und Honorarbasis zu machen oder sich Rechtsgebiete suchen, mit dem man eher Geld verdienen kann. Aber letztendlich glaube ich, dass es auch einen gewissen Idealismus braucht, da müssen wir uns nichts vormachen. Im Sexualstrafrecht z.B. sitze ich in sehr vielen Verfahren wissend, dass der/die Kolleg*in gegenüber fast das Zehnfache verdient. Und trotzdem möchte ich in keiner Sekunde die Seite wechseln. Es kommt darauf an, sich gut zu organisieren, sich Gedanken zur Arbeitsweise und

Kurzbiographie:

Christina Clemm, geboren 1967, studierte Jura in Freiburg und absolvierte ihr Rechtsreferendariat in Berlin. Sie ist seit 1996 Anwältin in Berlin-Kreuzberg und als Fachanwältin für Familien- und Strafrecht tätig. Sie arbeitet als Strafverteidigerin und Nebenklagevertreterin und vertritt Menschen, die von geschlechtsspezifischer, sexualisierter, rassistischer, lgbtiq-feindlicher und rechtsextrem motivierter Gewalt betroffen sind.



▲ Foto: Alena Schmick

Christina Clemm war Mitglied der Expertenkommission zur Reform des Sexualstrafrechts des BMJV, veröffentlichte diverse Fachpublikationen und war mehrfach als Sachverständige in öffentlichen Anhörungen im Bundestag, so im März 2021 zum Antrag „Femizide in Deutschland untersuchen, benennen und verhindern“, geladen.

Auch außerhalb der Gerichtssäle ist sie in verschiedenen Zusammenhängen politisch aktiv, insbesondere im Zusammenhang mit der Thematik der geschlechtsspezifischen Gewalt. Sie spricht regelmäßig auf Panels, in verschiedenen medialen Formaten und auf politischen und kulturellen Veranstaltungen zu den juristischen und sozialen Aspekten von struktureller und institutioneller Gewalt gegen Menschen aus benachteiligten Gruppen.

Im März 2020 veröffentlichte sie ihr erstes Buch „AktenEinsicht. Geschichten von Frauen und Gewalt“. Ihr zweites Buch „Gegen Frauenhass“ erschien am 4. September 2023 und war unter anderem für den Leipziger Buchpreis nominiert..

-teilung, zur Abrechnungspraxis zu machen und zu überlegen, was kann ich mir leisten und was nicht. Man kann sich über die ersten Monate an erfahrene Anwalt*innen andocken, weil diese häufig viel abzugeben haben. Vielleicht findet sich auch erst einmal eine kleine Anstellung oder die Möglichkeit, Urteilsvertretungen zu machen. Sehr wichtig ist meines Erachtens aber vor allem, sich Kolleg*innen zur Zusammenarbeit zu suchen. Ohne meine Bürokolleg*innen würde ich es schon lange nicht mehr aushalten.

Du bist dabei nicht nur Anwältin, sondern auch eine starke aktivistische Stimme. Wie funktioniert diese Verbindung?

Ich habe immer sehr viel gearbeitet und meine Arbeit mit politischen Kämpfen verbunden. Für mich gibt es keine strikte Tren-

nung zwischen meiner Arbeit als Anwältin, meinem Aktivismus und dem Privaten. Nur dass ich mein Privatleben vor Angriffen zu schützen suche. Wir haben als Migrationsrechtler*innen versucht, Menschen auch sehr konkret vor Abschiebungen zu bewahren, haben für Unterstützung von illegalisierten Menschen gesorgt und uns schützend vor Geflüchtetenunterkünften gestellt, wenn Naziangriffe absehbar waren. Wir haben Demonstrationen und Solipartys für alles Mögliche organisiert, Beratungsstellen renoviert und sind monatelang in Unterkünften gefahren, um kostenfreie Beratungen für neuangekommene Menschen zu geben. Das klingt vielleicht anstrengend, aber das ist ja nicht alles. Solidarität mit vielen gemeinsam zu üben ist erfüllend, kann sehr viel Spaß machen. Und Feste gibt es auch nicht genug zu feiern. Es ist die notwendige Konsequenz aus den Missständen, die ich als Anwältin besonders oft mitbekomme, sich politisch zu engagieren. Deshalb mache ich, aber auch viele meiner Kolleg*innen, viel, was nicht zu unseren klassischen juristischen Aufgaben gehört. Immer in dem Wissen, dass wir die Welt nicht in den Gerichten verändern werden.

Heute bist du als Anwältin vor allem im Straf- und Familienrecht tätig und beschäftigst dich besonders mit den Themen geschlechtsspezifische Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus. Welche Hürden stellen sich den Betroffenen dieser Gewaltformen und Phänomene nach deiner Erfahrung im Bereich der Justiz?

Die Hürden sind weiterhin, dass der Zugang zum Recht für marginalisierte Gruppen sehr viel schwerer ist. Wir haben z.B. in unserem Justizsystem ein Klassenproblem. Das ganze Rechtssystem ist darauf aufgebaut, dass Menschen, die kein Geld haben, sehr viel schlechter vertreten werden können als Menschen, die finanzielle Ressourcen haben. Wenn ich in Menschenhandelsverfahren zum Beispiel Sexarbeiterinnen aus Rumänien vertrete, ist es zum einen schon schwer, dass sie überhaupt aus den gewaltvollen Organisationsstrukturen herauskommen, dann, dass ihnen zugehört wird, sie Zeit und notwendige Unterstützung erhalten. Die Beschuldigten hingegen haben häufig sehr viel Geld, meist von meinen Mandantinnen verdientes Geld. Selbstverständlich können sie Anwält*innen beauftragen, die mehr zeitliche Kapazitäten haben, die sie sich erkaufen können. Wenn wir hingegen immer nur für die den Pflichtverteidigergebühren entsprechenden Gebühren arbeiten, dann müssen wir eben leider 150 Verfahren gleichzeitig machen, das ist schwierig, daran leidet die Qualität der Arbeit. Klassismus ist aber ja viel mehr, es macht einen Unterschied, ob ich eine Tochter mit bildungsbürgerlichem Hintergrund vertrete oder eine, die kaum die Möglichkeit hatte, die Schule zu besuchen. Die Zusammensetzung der Jurastudierenden entspricht ja auch keineswegs dem Durchschnitt der Bevölkerung und das setzt sich selbstverständlich in den Gerichten fort.

Aber auch Rassismus und Sexismus spielen eine große Rolle. Und das leider zunehmend. Mittlerweile sind wieder Dinge sprechbar, die schwer auszuhalten sind. Neulich zum Beispiel habe ich eine Mandantin in einem Verfahren vertreten, in dem ihr Mann wegen einer Vergewaltigung in der Ehe angeklagt

war. Meine Mandantin hatte angegeben, dass sie erst ein paar Monate später ihrer besten Freundin davon erzählt habe. Das fanden die Richter*innen und der Verteidiger äußerst merkwürdig. Ich habe versucht zu erklären, dass dieses Verhalten üblich ist, habe von Scham geredet und davon, dass meine Mandantin das Geschehen erst nicht wahrhaben wollte. Und dann sagte der Verteidiger, dass das ja abwegig sei, „voll 90er Jahre“, heutzutage mache es sich doch für jede Frau besonders gut in ihrem Lebenslauf, wenn dort stehe, dass sie auch mal vergewaltigt worden sei. Es gibt zahlreiche dieser sexistischen und patriarchalen Narrative. Und der Rassismus? Naja, alle würden den Vorwurf strikt von sich weisen. Aber es ist nicht zu ignorieren, dass etwa eine weiße, deutsche Frau, deren Partner als muslimisch wahrgenommen wird, in der Regel deutlich bessere Chancen hat, das Sorgerecht zu erhalten – als eine Schwarze Frau, deren Ehemann womöglich ein weißer Deutscher ist. Es gibt unendlich viele Diskriminierungsformen, ausgesprochene und wabernde.

Welche Forderungen würdest du an die Politik stellen zur Bekämpfung dieser Phänomene?

Wir können die Probleme nicht juristisch lösen, wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, müssen anders über problematische Männlichkeit nachdenken und weg von der binären Geschlechterordnung. Wir müssen lernen, Menschen und nicht Jungs und Mädchen zu erziehen, Kindern beibringen, dass das Wahren von Grenzen und Respekt allen Menschen gegenüber erforderlich ist und dass alle Menschen gleiche Rechte haben müssen. Wir brauchen eine Politik, die nicht immer nur ein paar mehr Frauenhausplätze zusichert oder härtere Strafen fordert, sondern die wirklich diese Gewalt abschaffen will. Letztlich geht es darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. In einer, die Eigennutz, Spaltung, Hass und Ungleichheit schürt oder in einer, die das Gemeinwohl im Sinn hat, eine offene, vielfältige Gesellschaft. Auf dem Weg dahin kann es wichtig sein, dass bestimmte Täter*innen bestraft werden, damit die Opfer die Möglichkeit haben, ihr Leben neu zu organisieren, ein paar Jahre sicher sind. Aber letztlich müssen wir verhindern, dass Menschen zu Täter*innen werden.

Was sind deiner Meinung nach aktuell die drängendsten Probleme? Welche großen Herausforderungen siehst du für uns in der heutigen Zeit? Und wie schätzt du Deutschland im internationalen Vergleich im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt ein?

Das größte Problem ist, dass wir weltweit viele erstarkende rechtsextreme Bewegungen und Politiken, eine Zunahme rassistischer und patriarchaler Gewalt sowie eine weitere Diskriminierung der Schwächsten in der Gesellschaft haben und dass sich immer mehr menschenverachtende Politiken durchsetzen. Das europäische Grenzregime führt zu immer mehr Toten, der eskalierte Wohnungsmarkt zu größerer Obdachlosigkeit, die Streichung von wirksamen Sozialprojekten zu mehr Armut, Drogen, Gewalt. Wir müssen Klassismus, Rassismus und Sexismus in jedem Moment zusammen denken und dieser ganzen

Menschenverachtung etwas entgegensetzen. Dafür braucht es keine kleinen Stückwerke. Selbst wenn sie richtig sind, lenken sie davon ab, dass die Gleichheit der Menschen immer mehr mit Füßen getreten wird.

Bezüglich geschlechtsbezogener Gewalt sehen wir gerade nach Spanien. Dort sieht man, dass in dem Moment, in dem es ein Gesamtkonzept gibt, eine Veränderung möglich ist. Deutschland ist weit davon entfernt. So wird jetzt wohl die elektronische Aufenthaltsüberwachung, die sogenannte Fußfessel eingeführt. Sie wird womöglich einige wenige Männer davon abhalten, eine Zeitlang ihre Frauen nicht umzubringen und das ist gut. Aber das kann nur ein winziger Teil dessen sein, was wir wirklich brauchen. Schon der konkrete Mann mit der Fußfessel braucht zwingend gute Täterarbeit, in der er sich mit seinem gewaltvollen Verhalten auseinandersetzen und dies ändern muss. Die Fußfessel stellt einen erheblichen Grundrechtseingriff dar, sie darf selbstverständlich nur in Einzelfällen angebracht werden. Und all die anderen? Wer überprüft sie, sorgt für Verhaltensänderungen, schränkt die Gefährlichkeit ein? Wo ist die wirksame Präventionsarbeit? In Puncto Rassismus ist es das Gleiche. Obwohl rassistische Gewalt enorm zunimmt, werden die demokratiefördernden Projekte gekürzt. Gerade heute habe ich eine Umfrage gelesen, dass nur 8 Prozent der Menschen wirklich glauben, Migration sei das vorrangige Problem, dennoch wird immer wieder das Migrationsthema auf den Tisch gebracht, werden Migrant*innen dazu missbraucht, von den wirklichen Problemen und Missständen abzulenken.

Der djB hat sich im Jahr 2023 ein Leitbild gegeben, in dem er sich zu intersektionalem Feminismus verpflichtet. Auch du fühlst dich dem intersektionalen Feminismus und Antifaschismus verbunden. Wie sieht ein solcher Feminismus deiner Meinung nach in der Praxis aus?

Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass Diskriminierung viele Formen hat, die miteinander verflochten sind. Wir als Jurist*innen müssen uns fragen, wer in einem patriarchalen und kapitalistischen System überhaupt Recht bekommt oder bekommen kann – und welchen Formen von Diskriminierung Menschen dabei ausgesetzt sind. Dies muss ich in allen Verfahren beachten. Aus der Perspektive einer weißen, deutschen Mittelstandsfrau mit einer akademischen Ausbildung und einem gewissen Einfluss muss ich mich mit meinen eigenen Rassismen und mit Klassismus auseinandersetzen und versuchen, selbst nicht oder möglichst wenig diskriminierend zu sein.

Das kann ganz konkret in Verfahren stattfinden: Vertrete ich in einem Verfahren eine weiße, deutsche Mittelstandsfrau, deren Sprache ich kenne und verstehe, deren Lebensverhältnisse mir nicht unbekannt sind, dann ist es anders, als wenn ich eine Frau vertrete, die in völlig anderen Verhältnissen lebt, die andere Gewohnheiten hat, die andere Formen der Auseinandersetzungen erlernt hat. Ich habe mich damit auseinanderzusetzen, auch, um das richtige Narrativ zu finden, um das Gericht zu überzeugen.

Unabhängig davon ist es für mich aber als Anwältin unabdingbar, immer das Interesse meiner Mandant*innen in den

Vordergrund zu stellen und Abstand zu nehmen von dem, was ich persönlich oder womöglich politisch richtig finde. Meine Mandant*innen sind nicht unbedingt das revolutionäre Subjekt, ich habe nie das Recht, sie für meine politischen Ziele zu gebrauchen. Ich habe sie zu beraten, so gut wie möglich aufzuklären und zu vertreten. Ich vertrete häufig Betroffene, die nach Partnerschaftsgewalt nicht mehr aussagen wollen, gar nicht wollen, dass er irgendwelche Konsequenzen erhält, weil sie sich irgendwie mit dem Täter geeinigt haben. Das ist manchmal bitter, aber selbstverständlich ihre Entscheidung. Ich hatte auch mal einen Mandanten, der von Nazis überfallen und brutal zusammengeschlagen worden ist, aber während des langen Verfahrens sagte er mir irgendwann, dass er nicht wolle, dass sie bestraft werden. Er lebe in diesem Ort, er wolle auch mit den Tätern mal Bier trinken gehen.

Warum hast du dich irgendwann entschlossen, auch Bücher zu schreiben?

Ich habe schon lange Geschichten aufgeschrieben – aus dem Bedürfnis heraus, das festzuhalten, was ich erlebe und höre, weil es so wichtig und großartig ist. Die Geschehnisse sind zu wichtig, als dass nur ich oder ein Gericht sie zu hören bekommt. Sie sind gesellschaftlich relevanter, als dass sie nur im Gerichtssaal verhandelt werden dürfen. Außerdem lese ich schon immer viel und es hat mich geärgert, wie über geschlechtsbezogene Gewalt geschrieben wird. Immer nur aus der Täterperspektive oder der Perspektive der Ermittelnden, selten werden die Betroffenen gesehen. Ich möchte gern erzählen, wie Betroffene die Taten, die Verfahren, die gesellschaftliche Aufarbeitung erleben, welches Unrecht jeden Tag geschieht und wie die Gesellschaft damit umgeht. Mein erstes Buch ist eher erzählerisch. Ich habe acht Geschichten niedergeschrieben, die unterschiedliche Facetten von geschlechtsbezogener Gewalt darstellen und diese mit juristischen und gesellschaftspolitischen Fragen durchsetzt. Danach habe ich gedacht, es reicht nicht, die Zustände zu beschreiben, sondern ich will versuchen, zu erklären, weshalb sich eigentlich so wenig ändert, obwohl wir schon so viele Jahre die Missstände beschreiben. Deshalb ist „Gegen Frauenhass“ auch mehr eine Streitschrift, ein Erklärungsversuch. Gerade schreibe ich mein drittes Buch, es wird eine andere Form sein, im Grunde geht es darum, weshalb es nicht ausreicht, bestimmte gesellschaftliche Missstände den Gerichtsverfahren zu überlassen.

In deinem ersten Buch *AktenEinsicht* erzählst du „fiktive“ Geschichten von Frauen, die auf ganz unterschiedliche Weise Gewalt erfahren haben – Geschichten, die aber jederzeit so passieren könnten und auf deiner langjährigen Erfahrung beruhen. Welche Geschichte oder Erfahrung war für dich am prägendsten – und was hast du persönlich daraus gezogen?

Die prägendste Erfahrung ist, dass jede Person anders reagiert. Es gibt kein Muster, wie Betroffene von geschlechtsbezogener Gewalt darauf reagieren oder welche Folgen bleiben. Es ist auch für mich häufig total überraschend. In einem Menschenhandelsverfahren wurde meine Mandantin sieben Verhand-

lungstage befragt. Das war sehr belastend, sehr erniedrigend. Ich habe immer wieder interveniert, mich mit den Verteidigern gestritten. Irgendwann ging meine Mandantin dazu über, diese wie Freier zu behandeln, indem sie z.B. auf Fragen antwortete: „Ach Süßer, das willst du auch noch von mir wissen?“. Auf die Idee wäre ich nie gekommen und es war großartig, sie hatten keine Chance mehr, sie fertig zu machen. Ich lerne viele Betroffene relativ zeitnah nach schweren Straftaten kennen und begleite sie wegen der Länge der Verfahren häufig jahrelang. Für mich ist es ein Geschenk, miterleben zu können, wie sie sich verändern und diese schrecklichen Taten zurücklassen können und anfangen, ein anderes Leben zu leben. Aber oft ist es hart. Viele meiner Mandant*innen sind sehr rechtsstaatsgläubig und verstehen erst durch die Verfahren, wie wehrhaft das Patriarchat ist, selbst wenn sie es so gar nicht bezeichnen würden. Die faktische Straflosigkeit bei Sexualdelikten ist eine gesellschaftliche Gerechtigkeitsfrage, mit der sich die Gesellschaft auseinandersetzen muss. Übrigens nur vergleichbar mit der Straflosigkeit von Polizeigewalt. Wir sollten uns fragen, was es mit einer Gesellschaft macht, wenn Menschen erfahren, dass sie schutzlos sind, dass es keine Gerechtigkeit gibt und sie in Gerichtsverfahren sogar so behandelt werden, als würden sie den Gerichten eine Last sein. Für mich sind Verfahren, in denen es um die Tötung naher Angehöriger meiner Mandant*innen geht, persönlich die belastendsten. Weil es nie wieder gut werden kann, das Leid oft so unermesslich ist.

Was gibt dir Hoffnung in dieser Zeit und was wünschst du dir von der Gesellschaft?

Gramsci spricht vom Pessimismus des Verstandes und dem Optimismus des Willens. Die Zeiten sind erschreckend und gerade deshalb dürfen wir nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen und schon mal vorsorglich einen Herzinfarkt bekommen. Nein, es ist für Menschen wie mich, die ja ziemlich privilegiert sind, nicht die Zeit aufzuhören, im Gegenteil. Wir sind noch hier, wir kämpfen gegen den Faschismus, gegen Rassismus und Frauenhass und tragen Verantwortung für die, die Stimme zu erheben, die schon lange nicht mehr laut sein

können. Ich möchte in einer solidarischen, offenen Gesellschaft der Vielen leben, einer Gesellschaft, in der Hass, Spaltung und Eigennutz verdrängt wird, in der das Gemeinwohl aller im Vordergrund steht.

Wenn du Justizministerin wärst und eine Sache bzw. ein Gesetz ändern oder einführen könntest: Was wäre das?

Es gibt nicht nur eine Maßnahme. Ich würde für alle Verfahrensbeteiligten Fortbildungsverpflichtungen einführen und darauf achten, wer diese Fortbildungen gibt. Als Justizministerin würde ich das AfD-Verbotsverfahren vorantreiben und dafür sorgen, dass bei der Auswahl der Richter*innen und der Schöff*innen überprüft wird, wer eingestellt wird, denn die AfD und die Rechtsextremen machen dahingehend große Kampagnen. Wenn ich in Regierungsverantwortung wäre, würde ich eigene Ministerien schaffen, z.B. eines, das für den Zusammenhalt der Gesellschaft zuständig ist. Dort würde es viele Ressourcen zur Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und Klassismus geben und zur Stärkung der solidarischen Gesellschaft. Ich würde gegen Armut kämpfen für Bleiberechte, für eine soziale Kriminalpolitik und für gleiche Rechte und Teilhabe.

Du bist ganz frisches djb-Mitglied, das freut uns sehr. Was kann der djb aus deiner Sicht besser machen?

Die aktive Beteiligung von Freiberufler*innen scheitert häufig an einem strukturellen Problem, weil ehrenamtliche Mitarbeit für uns unglaublich schwer ist. Hierüber könnte es im djb ein anderes Nachdenken geben. (Fehlende) Diversität muss in einer Organisation wie dem djb ständig problematisiert und aktiv gefördert werden. Ich würde mir außerdem eine sehr viel raschere und stärkere politische Einflussnahme wünschen, die bestimmte Diskurse vorantreibt und nicht nur reaktiv sein kann, was natürlich den Ressourcen geschuldet ist. Außerdem – das passiert auch schon – ist es zentral, Recht zu verbinden mit gesellschaftlichen Bewegungen. Mit Recht kann man bestimmte Bewegungen verlangsamen oder auch vorantreiben, aber man braucht immer den gesellschaftlichen Diskurs darum.